



PB Nr. 20 - JW/jo

Kopenhagen, den 7. Juli 1976.

## Schlussbericht

					r/a
				15. JULI 1976	
					✓
				15. JULI 1976	
EFD					
Ref p.A. 21.3. Kopenhagen					

Zusammenfassung

Dänemark hat während den letzten sieben Jahren manche Wandlungen durchgemacht. König Frederik IX. wurde durch dessen Tochter Margrethe II. als Staatsoberhaupt abgelöst. Die Regierung wechselte von einer bürgerlichen Koalitionsregierung zu einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, mit einem einjährigen Zwischenspiel der liberalen Minderheitsregierung unter Poul Hartling. Die Chancen des gegenwärtigen sozialdemokratischen Staatsministers Anker Jørgensen noch vor Jahresende gestürzt zu werden, stehen 50 : 50. Die Zahl der im Folketing (Parlament) vertretenen Parteien stieg von 4 auf 10. Den Kommunisten gelang bei den letzten Parlaments- und Kommunalwahlen von 1974 ein bedeutsamer Durchbruch. Sie sind in Kopenhagen und Helsingør heute die zweitstärkste Fraktion. Linksextreme Elemente rufen immer wieder zu Streiks auf. Demonstrationen aller Art sind indessen seltener geworden.

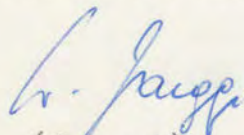
Auf dem Wirtschaftssektor ist der Uebertritt Dänemarks von der EFTA zur EG, der das Land seit 1. Januar 1973 angehört, zu verzeichnen. Die dänische Handels- und Zahlungsbilanz hat sich dadurch nicht gebessert. Das Defizit des dänischen Staatshaushaltes ist auf 12 Milliarden Kronen angestiegen. Die soziale Wohlfahrt, die die Staatskasse mit über 50 % aller Auslagen belastet, wird trotzdem nicht abgebaut

- 2 -

werden können, da sich die Sozialdemokraten gegen Einsparungen auf diesem Gebiet wehren. Trotz der Verschuldung, die pro Kopf der Bevölkerung Kr. 1'000.- (= Fr. 400.-) ausmacht, ist die Infrastruktur des Landes intakt. Die Landwirtschaft, die nur noch 7,5 % der Erwerbstätigen beschäftigt, floriert und ist mit 28 % am Export beteiligt. Die erst in den letzten 10 Jahren zum wichtigsten Produktionszweig des Landes entwickelte Industrie wird von tüchtigen Managers geleitet.

Unberührt von den Wandlungen der letzten sieben Jahre blieben drei Eigenschaften, die Dänemark auszeichnen: demokratische Regierungsform, das tief verwurzelte Gefühl für Freiheit, Toleranz und Unabhängigkeit und soziale Wohlfahrt.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

  
(Jæggi)



PB Nr. 20 - JW/jo

Kopenhagen, den 7. Juli 1976.

Schlussbericht

Sieben Jahre Dänemark  
Rück- und Ausblick

Dänemark hat während den letzten sieben Jahren manche Wandlungen durchgemacht. Drei Eigenschaften, die Dänemark auszeichnen, sind jedoch erhalten geblieben, nämlich die demokratische Regierungsform, das tief verwurzelte Gefühl für Freiheit, Toleranz und Unabhängigkeit und soziale Wohlfahrt.

Als am 14. Januar 1972 Königin Margrethe II. im Alter von 32 Jahren als Nachfolgerin ihres verstorbenen Vaters, König Frederik IX. zum Staatsoberhaupt eingesetzt wurde, stand ein sozialdemokratisches Postulat zur Diskussion, die konstitutionelle Monarchie abzuschaffen und an deren Stelle eine Demokratie mit dem bisherigen König als Präsident bis Lebensende zu schaffen. Noch sechs Monate später, als im Juli 1972 das Königsschiff "Dannebrog" mit der jungen Königin und ihrem Gemahl Prinz Henrik sowie den beiden Kindern Prinz Frederik und Prinz Joachim an Bord zum ersten Mal Esbjerg an der Westküste von Jütland anlief, lehnten einzelne sozialdemokratische Stadtratsmitglieder aus prinzipiellen Gründen die Einladung zu einem Essen an Bord des Königsschiffes ab. Heute sind die anti-monarchistischen Regungen verstummt. Ab 1. Oktober 1976 wird sogar ein So-

- 2 -

zialdemokrat, der bisherige, langjährige Generaldirektor des dänischen Radio und Fernsehens, Hans Sølvhøj, und erstmals ein Nichtadeliger, Hofmarschall. Die Dänen sind glücklich darüber, eine hübsche, kluge und sprachgewandte Königin zu haben, die es versteht Tradition und Fortschritt zu vereinigen und bei ihren Auslandsreisen für ihre Heimat zu werben. Sie nennt sich nur "Königin von Dänemark" und hat auf die vielen Titel, die ihr Vater noch führte, verzichtet. Für Presse und Television ist sie zugänglich geworden.

Weniger glücklich als mit dem Königshaus ist Dänemark, hinsichtlich Stabilität, mit der Regierung. Man ist beinahe geneigt zu sagen, alle Jahre wieder gibt es einen neuen Regierungschef. Die bei meiner Ankunft fungierende bürgerliche Koalitionsregierung unter dem links-liberalen Hilmar Baunsgaard wurde nach beinahe vierjähriger Amtszeit, am 21. September 1971, durch eine sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Jens Otto Krag abgelöst. Der Sturz der bürgerlichen Regierung war die Folge von unpopulären - aber damals schon notwendigen - Massnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz und zur Bekämpfung der Inflation, bedingt durch die in Dänemark infolge der Lohnpreisspirale ungünstige Entwicklung der Wirtschaftslage. Die Parlamentswahlen von 1971 brachten zu den bisher vier traditionellen Parteien: Sozialdemokraten, Konservative, Liberale (Venstre) und Sozialliberale (RV), neu die von Aksel Larsen gegründeten Volkssozialisten (SF) ins Einkammer-Parlament (Folketing) von 179 Abgeordneten. Bereits 1 Jahr später wurde Jens Otto Krag, der aus persönlichen Gründen zurücktrat, vom sozialdemokratischen

- 3 -

Abgeordneten und bisherigen Gewerkschaftsführer Anker Jörgensen als Staatsminister abgelöst. Dieser sah sich wiederum 1 Jahr später gezwungen, für den 2. Dezember 1973, Parlaments-Neuwahlen anzusetzen, welche die liberale Minderheitsregierung unter Poul Hartling für ein Jahr an die Macht, für das Folketing aber eine zusätzliche Zersplitterung brachte, weil nunmehr insgesamt 10 Parteien Einsitz nahmen. [Beim Innenministerium sind heute ausser den 10 im Parlament vertretenen Parteien 17 weitere, wovon 16 seit 1974 gegründet wurden, registriert]. Neu traten in Erscheinung die vom Steueradvokaten Mogens Glistrup gegründete Fortschritts-Partei, die auf ersten Anhieb die drittgrösste im Parlament vertretene Partei wurde, die Christliche Volkspartei, die im Frühjahr 1970 in Jütland aus der Taufe gehoben worden war, die Zentrums-Demokraten des von der Sozialdemokratie abgesprungenen ehemaligen Bürgermeisters von Gladsaxe, Erhard Jakobsen, die Kommunisten und Linksozialisten. Hartlings Minderheitsregierung wurde, trotz bürgerlicher Mehrheit im Parlament, aus ähnlichen Gründen wie seinerzeit Baunsgaard, und weil er sich weigerte, mit Mogens Glistrup zu paktieren, anfangs 1975 zu Fall gebracht. Am 9. Januar 1975 übernahm (ohne Neuwahlen) eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, wiederum unter Anker Jörgensen, die Regierungsverantwortung; aber für wie lange noch? Die Chancen, dass nach den Parlamentsferien, im September 1976, Neuwahlen ausgeschrieben werden, stehen 50 : 50 und nur die Möglichkeit, dass Mogens Glistrups Fortschrittspartei die zweitgrösste Partei im Parlament werden könnte, mag die übrigen bürgerlichen Parteien zur Einsicht bringen, den Sturz der Regierung

noch etwas zu vertagen und in einer Sondersession des Folketing im September wohl oder übel ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik beizupflichten. Der Einbezug der ökonomischen Demokratie in die Einkommenspolitik würde jedoch unweigerlich zum Sturz der Regierung führen.

Von früher 1064 Kommunen gibt es seit 1. April 1970 nur noch 276 und von 22 Amtsbezirken 14. Heute sind die Kommunisten in 30 Munizipalitäten mit 48 und in 5 Amtsbezirken mit 6, also insgesamt mit 54 lokalen Ratsabgeordneten vertreten. In Kopenhagen und Helsingör bilden die Kommunisten sogar die zweitstärkste Fraktion. Sie konnten bei den Wahlen von 1974 einen bezeichnenden Durchbruch verbuchen.

Die Arbeiterschaft wird mehr und mehr linksunterwandert. Sporadisch wird zu Streiks aufgerufen. Seit den grossen Streikwellen vom Februar 1970 und April 1973, wo rund 260'000 Arbeitnehmer die Arbeit niederlegten, ist es zwar etwas ruhiger geworden. Im Jahre 1975 gingen immerhin noch 100'000 Arbeitstage infolge von Arbeitskonflikten verloren. Erst noch vor ein paar Wochen kam es zu einem Streik der Bus- und dann der Postangestellten in Kopenhagen und vor ein paar Tagen wurde der Druck der bekannten konservativen Tageszeitung "Berlingske Tidende" nahezu stillgelegt, weil gegen die Entlassung von, infolge neuer Druckmethoden, überflüssig gewordenen Typographen gestreikt wurde.

Seit dem Regierungswechsel in Chile, Griechenland, Spanien und Portugal, dem Ende des Vietnam- und Angola-Krieges, sowie der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR und Nordvietnam, sind Demonstrationen seltener geworden. Vergessen ist die Zeit der Ausschreitungen während des Weltbankkongresses im

- 5 -

September 1970 als 1500 Demonstranten Strassen verbarikadierten und Zerstörungen von bisher nicht gekanntem Umfang angerichtet hatten.

Nachdem das Volljährigkeitsalter 1970 bereits von 21 auf 20 Jahre herabgesetzt wurde, wird ab 1. November 1976 die Altersgrenze 18 Jahre sein.

Einen Wandel hat Dänemark auch auf dem Wirtschaftssektor durchgemacht. Das Jahr 1972 brachte für das Land eine sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht äusserst wichtige Entscheidung, nämlich den Beschluss über die EWG-Mitgliedschaft. Nach leidenschaftlich geführten Propagandakampagnen der Gegner und Befürworter eines EWG-Beitritts sprachen sich bei einer Wahlbeteiligung von 89.5 % am 2. Oktober 1972 63.3 % der dänischen Wähler dafür und 36.7 % dagegen aus. Das Folketing hatte bereits im September mit 141 Ja- gegenüber 34 Nein-Stimmen die EWG-Beitrittsverträge ratifiziert, wobei allerdings die von der Verfassung geforderte Fünftelmehrheit für die Uebertragung von Hoheitsbefugnissen an internationale Institutionen nicht erreicht war, weshalb das Volk den letzten Entscheid zu fällen hatte. Mit der EWG-Mitgliedschaft Dänemarks seit 1. Januar 1973 ging eine zehnjährige Debatte über die handelspolitische Stellung Dänemarks in Nord- und West-Europa zu Ende. Die EFTA verlor eines ihrer Mitglieder und die Pläne für eine NORDEK, die zu einer skandinavischen Zollunion hätten führen sollen, wurden begraben. Das Vertrauensverhältnis, das Dänemark unter der EFTA-Mitgliedschaft mit der Schweiz verband, hat jedoch mit dem EWG-Beitritt keine Einbusse erlitten. Nach wie vor kommt es zu regelmässigen Kontakten zwischen dem Chef der Handelsabteilung und seinem däni-

- 6 -

schen Kollegen. Die Botschaft erhält ebenfalls bereitwillig Auskunft über EG-Angelegenheiten, wobei ich festhalten möchte, dass Dänemark zu den treuesten Europäern zu zählen ist.

Von der durch das Erdölboykott ausgelösten Weltwirtschaftskrise ist Dänemark als rohstoffarmes Land und ohne energiespendende Wasserkraft besonders hart betroffen worden. Im Jahre 1973 war Dänemark noch von deutlichen Ueberhitzungserscheinungen gekennzeichnet. Ungefähr 60 % der befragten 800 dänischen Industrieunternehmen meldeten damals einen Mangel an Arbeitskräften. Heute gibt es mehr als 100'000 Arbeitslose oder im Landesdurchschnitt 9.5 %. Erstaunlicherweise gibt es aber immer noch manche offene Stellen, für die es keine Bewerber gibt. Weshalb? Viele Arbeitslose stehen besser da, als wenn sie beschäftigt wären. Sie erhalten von der Arbeitslosenunterstützung 90 % ihres letzten Einkommens und zudem noch einen Mietzinszuschuss.

Die Inflationsrate, die 1974 noch mehr als 15 % betrug, ist lediglich auf ca. 9 % zurückgegangen. Die Geldentwertung schreitet fort. Der Wechselkurs der dänischen Krone zum Schweizerfranken ist von 1969 bis heute von 170 Kr. für 100 Fr. auf 250 Kr. für 100 Fr. gestiegen.

Sowohl die dänische Handelsbilanz als auch die Zahlungsbilanz werden bis Jahresende vermutlich bisher nie erreichte Ausmasse annehmen. Das Defizit des dänischen Staatshaushaltes war schon 1974/75 und 1975/76 mit jeweils 12 Milliarden Kronen noch nie so hoch. Seit Jahresbeginn hat die Regierung bereits für rund 7 1/2 Mia. Kronen Auslandsanleihen aufgenommen. Mehr als 50 Prozent des Staatshaushaltes entfallen auf den sozialen Sektor.



- 7 -

Die soziale Wohlfahrt, die vom Ausland her gesehen oft bewundert und zur Nachahmung empfohlen wird, beruht mehr oder weniger auf Auslandskredit. Die Sozialdemokraten wehren sich gegen die von den Liberalen vorgeschlagenen Einsparungen auf diesem Gebiet. Sie wünschen auch keinen Rückgang der 23.6 %, bzw. über 1/2 Million Staatsangestellten. Löhne und Gehälter, selbst unter Berücksichtigung der hohen direkten Steuern und der 15 % Mehrwertsteuer (MOMS), die unter Baunsgaard bereits von 10 % auf 12 1/2 % heraufgesetzt worden war, sind in Dänemark relativ hoch. Deshalb können 1,5 Millionen Dänen, darunter 10 % der Arbeitslosen, es sich leisten, mit Charterflügen mindestens einmal pro Jahr für 1 bis 2 Wochen Ferien auf Mallorca oder sonst an einem sonnigen Strand im Ausland zu verbringen. Andererseits gibt es aber heute noch auf 1,3 Millionen Wohnungen 240'000 ohne eigene Toilette und in weiteren 135'000 Wohnungen müssen die Bewohner die Toilette mit anderen Familien teilen. Zwischen Armen und Reichen besteht eine enorme Kluft, weshalb die Gewerkschaften Mitspracherecht in industriellen Unternehmen [Economic Democracy] durchsetzen möchten. Ein Zehntel der Steuerzahler verdienen mehr als die Hälfte der Bevölkerung und ein Zehntel besitzen mehr als 60 % des Vermögens, während die Hälfte der Bevölkerung daran nur einen Anteil von 2 % hat. Verlorene Solidarität ist gemäss Anker Jörgensen Ursache der politischen Krise. Ueber dem Kampf um Statussymbole wie Haus, Sommerhaus, Auto, Fernsehen, etc. würden andere Werte vergessen.

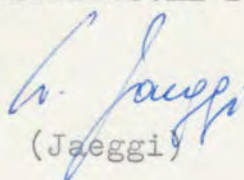
Die Infrastruktur des Landes ist jedoch intakt. Trotz zunehmender Landflucht [nur noch 7,5 % der Erwerbstätigen sind in diesem Sektor beschäftigt] floriert die Landwirtschaft.

- 8 -

Sie ist am Export mit 28 % beteiligt. Die erst in den vergangenen 10 Jahren zum wichtigsten Produktionszweig des Landes entwickelte dänische Industrie, die von tüchtigen Managers geleitet wird, erbringt 70 % des Exports. Die Verschuldung des Landes beträgt pro capita lediglich Kr. 1'000.- (= Fr. 400.-). Rund 70 Prozent der Dänen besitzen ein eigenes Haus. Neben den Wohlfahrtseinrichtungen besteht somit weit verbreitet privates Eigentum. Dänemark bleibt im Ausland vorderhand noch kreditwürdig.

Dieser Bericht wäre unvollständig, ohne ein kurzes Wort zur Aussenpolitik. Dänemark ist, wie die Schweiz, bestrebt, mit allen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten. Seit der Mitgliedschaft zur EG wird die dänische Aussenpolitik in grossen Zügen auf Brüssel abgestimmt. Konsultationen finden jeweils auch im skandinavischen Bereich und im Rahmen der NATO statt. Dänemark, dessen Jugend sich gegenüber dem Kommunismus eher naiv verhält, wird sich der Bedrohung durch die UdSSR stets mehr bewusst. Als UNO-Mitglied hält sich Dänemark an die Resolutionen dieser Weltorganisation. Wie die Schweiz ein europäischer Kleinstaat, flächen- und bevölkerungsmässig in nahezu der gleichen Grössenordnung, ist Dänemark auf aussenpolitischer Ebene mit den gleichen Problemen wie unser Land konfrontiert. In der Beurteilung der internationalen Lage weichen die Gesichtspunkte kaum voneinander ab. Bilateral bestehen keine Differenzen. Die gegenseitigen Beziehungen könnten zur Zeit nicht besser sein.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

  
(Jaeggi)